
Mainz, den 6. April 2022

Pressemitteilung

75 Jahre Rheinland-Pfalz Podiumsdiskussion u.a. mit Familienministerin Katharina Binz zeigt: Viel getan und immer noch viel zu tun beim Diskriminierungsschutz in Rheinland-Pfalz!

*Die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Vielfaltsgesellschaft seit 1947 und die Maßnahmen für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung waren Gegenstand einer Podiumsdiskussion anlässlich des 75. Geburtstages des Landes Rheinland-Pfalz. Auf Einladung der Landeszentrale für politische Bildung und des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (NdRLP) diskutierten am Montagabend dieser Woche Familienministerin Katharina Binz und Heike Fritzsch von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Vertreter*innen des NdRLP über Erreichtes und verbleibende Herausforderungen im Hinblick auf die gesellschaftliche Akzeptanz von Vielfalt und den wirkungsvollen Schutz vor Diskriminierung in Rheinland-Pfalz.*

In den 75 Jahren seit seiner Gründung ist Rheinland-Pfalz zu einem Bundesland der Vielfalt geworden. Es schöpft aus dieser Vielfalt und wird durch diese Vielfalt geprägt. Es ist Menschen, unabhängig von einer Behinderung, dem Alter oder Geschlecht, der Herkunft, der Religion oder der sexuellen oder geschlechtlichen Identität zur Heimat geworden.

„Der Weg dorthin war für die Betroffenen steinig: Gesellschaftliche Widerstände und Ressentiments waren zu überwinden, Rückschläge zu verkraften und oftmals war die Politik in der Vergangenheit keine Antreiberin auf dem Weg zur Gleichberechtigung in der rheinland-pfälzischen Vielfaltsgesellschaft. Ohne das engagierte und beharrliche Eintreten der Betroffenen für ihre eigenen Rechte jedenfalls wäre Vieles nicht erreicht worden“, sagt Torsten Jäger, Vorstandsmitglied des NdRLP. „Und die Tatsache, dass vieles erreicht wurde, bedeutet nicht, dass nichts mehr zu tun bleibt!“

Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den andauernden Kampf um gleiche Rechte für Frauen und Männer, an weiterhin kontroverse Debatten um die Inklusion von Menschen mit Behinderung, an ständige Auseinandersetzungen um Zugehörigkeit und gleiche Teilhabechancen für Migrant*innen und Flüchtlinge, an fortbestehende Ressentiments gegenüber Menschen aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität und an hartnäckigen Widerstand gegen die Gleichberechtigung der Religionen.

Die Politik sei deshalb mehr denn je als Bündnispartnerin im Einsatz für Akzeptanz, Gleichberechtigung und Diskriminierungsschutz gefragt.

Joachim Schulte, ebenfalls Mitglied im Vorstand des NdRLP, wies in der Diskussion auf den rheinland-pfälzischen Koalitionsvertrag hin, in dem sich die regierungstragenden Parteien dazu bekannt haben, *„die Teilhabe aller Bürger*innen zu sichern und ein Land zu schaffen, welches ihnen die bestmöglichen Chancen bietet, sich selbstbestimmt und frei zu entfalten. (...) So unterschiedlich, vielfältig und bunt die Lebensentwürfe der Menschen sind, so ermöglichend, unterstützend und freiheitswahrend wollen wir Land und Gesellschaft gestalten.“*

Konkret verständigt hätten sich die Koalitionsparteien u.a. auf die Verabschiedung eines „Landesgesetzes für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt“, das ein „vielfältiges und offenes Miteinander frei von Diskriminierung“ in Rheinland-Pfalz stärken solle.

„Wir dürfen und werden in unserem Engagement gegen Diskriminierung und die Verletzung von Menschenrechten nicht nachlassen. Wir arbeiten weiter am Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt, so wie wir uns das im Koalitionsvertrag vorgenommen haben“, erklärte Familienministerin Katharina Binz.

„Wir nehmen die Landesregierung hier beim Wort!“, so Torsten Jäger. *„Durch das Gesetz müssen bestehende Lücken im Diskriminierungsschutz, z.B. im Bildungsbereich, geschlossen und zivilgesellschaftliche Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt langfristig abgesichert werden.“*

Joachim Schulte nannte als Kernelemente eines wirksamen gesetzlichen Diskriminierungsschutzes die Verankerung von Beweislast erleichterungen für Betroffene, von Möglichkeiten der Prozessbeistandschaft für zivilgesellschaftliche Strukturen und ausreichend lange Fristen zur Geltendmachung von Ansprüchen.

Diese drei Punkte seien elementar, alleine aber nicht ausreichend: *„Es braucht parallel dazu eine auskömmliche Absicherung zivilgesellschaftlicher Strukturen wie z.B. des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz. Denn flankierende Maßnahmen der Bildungs-, Qualifizierungs-, Informations- und Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit sind unverzichtbar, damit präventiv gearbeitet und die von Diskriminierung betroffenen Personen nicht alleine gelassen werden sollen.“*

„Seit vielen Jahren schon arbeiten die Mitgliedsverbände des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz zusammen und werden seitens der Landesregierung sowohl einzeln als auch als Netzwerk finanziell gefördert. Das ist der richtige Weg und wir haben gemeinsam viel erreicht. Darauf sind wir stolz und deshalb werden wir diesen Weg weitergehen. Ich danke auch der Landeszentrale für politische Bildung, die diese Veranstaltung mit dem Netzwerk ausgerichtet und so im Jubiläumsjahr des Landes einen Beitrag zur lebendigen Diskussionskultur in Rheinland-Pfalz geleistet hat.“, sagte Familienministerin Katharina Binz.

Die Landeszentrale für politische Bildung sieht sich in der Rolle, die auf der Veranstaltung beschriebenen Diversifizierungsprozesse der Gesellschaft dahingehend zu unterstützen, als dass sie Informationen bereitstellt und Debatten ermöglicht, die gegenseitiges Verständnis und Zusammenhalt fördern. Die Podiumsdiskussion mit mehr als dreißig Teilnehmer*innen hat dazu ihren Teil erfolgreich beigetragen.

Kontakt:

- Joachim Schulte, Netzwerk diskriminierungsfreies RLP, Tel.: 0170 - 32 12 217